Hauses auf Hannover die im Interesse des Landes wünschenswerte Verständigung zwischen Preußen und dem Herzog nicht zu erhoffen sei; 2) der Landtag gibt dem Regentschaftsrat anheim, den Landtag zu vertagen und zu neuen Verhandlungen zwischen Regentschaftsrat und Landesversammlung erst wieder einzuberufen, wenn eine Erklärung des Herzogs von Cumberland eingegangen oder ohne eine solche eine Frist von drei Monaten verstrichen ist.

— **Der Landeshauptmann der Marschall-Inseln,** Brandeis, gegen dessen Amtsführung im Reichstag schwere Anschuldigungen erhoben worden sind, ohne daß damit die Liste der ihm zur Last gelegten Vergehen völlig erschöpft worden wäre, ist am 1. Oktober zur Disposition gestellt worden. Es war besonders der Abg. Erzberger, der ihm die Art der Verhängung der Prügelstrafe, die Nichtbuchung amtlicher Gelder usw. mit Recht zum Vorwurf machen konnte. Geh. Rat v. König hat Brandeis verteidigt und heute? Da sind beide abgesägt.

— **Die Sympathiekundgebung der deutschen Bischöfe** für die französischen Bischöfe nennt die nationalliberale „Königsberger Allgem. Zeitung" eine „grobe Taktlosigkeit" und setzt bei, es wäre nicht nur die Pflicht der Kultusministerien, denen die Bischöfe unterstehen, ein entschiedenes Veto einzulegen, sondern vor allem läge es dem Reichskanzler ob, die Absendung einer so verhängnisvollen Kundgebung mit allen seiner Autorität zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern." — Komische Leutchen, diese Nationalliberalen! Der Sympathiekundgebungen deutscher Bischöfe für den französischen Episkopat gegenüber sind sie von einer mimosenhaften Empfindlichkeit und nennen das „Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten". Wenn aber der Evangelische Bund und andere protestantische Kreise in dem uns verbündeten Oesterreich eine Los-von-Rom-Bewegung unterstützen, die nach der Intention der Alldeutschen eine hochverräterische Tendenz hat, dann ist das in schönster Ordnung. Wie mag sich übrigens das nationalliberale Blatt die Stellung der Bischöfe zu den Kultusministerien vorstellen?

— **Der dritte Internationale Kongreß zur Unterdrückung des Mädchenhandels** wurde am Montag in Paris eröffnet. Dreihundert Delegierte waren anwesend, die 17 Regierungen vertraten. Es wurden mehrere Berichte verlesen, darunter einer von Major Wagener aus Berlin, ferner die Berichte der österreichischen und englischen Delegierten, die besagten, was für Maßnahmen in den von ihnen vertretenen Ländern zur Unterdrückung des Mädchenhandels ergriffen worden seien. Auf den Bericht des deutschen Delegierten hin nahm der Kongreß mehrere Beschlüsse an, in denen u. a. die Nützlichkeit des Einvernehmens zwischen den verschiedenen internationalen Komitees zum Zweck der gegenseitigen Mitteilung über die eingeleiteten Strafverfahren und die erfolgten Verurteilungen wegen Mädchenhandels und die Notwendigkeit betont wird, Beziehungen herzustellen zwischen den nationalen Komitees und denjenigen Behörden ihres Landes, die damit beauftragt sind, die eingehenden Auskünfte bezüglich des Mädchenhandels zu zentralisieren. Weiter sprach sich der Kongreß am 23. d. M. einstimmig zu Gunsten der Errichtung von Ortsausschüssen und Informationsbureaus an der Grenze und in den Hafenstädten aus. Der Kongreß äußerte ferner den Wunsch, daß die Schiffahrtsgesellschaften und Regierungen auf den Mädchenhandel bezügliche Mitteilungen liefern möchten, und sprach sich endlich dafür aus, daß von dem internationalen Bureau in London die wichtigeren Forschungsergebnisse der nationalen Komitees gesammelt würden.

— Der **11. Parteitag der deutschen Reformpartei** wurde am Sonntag und Montag in Kassel abgehalten. Justizrat Schmauß sprach über die Bedeutung der Rassenfrage für unser Volkstum. Er bedauerte, daß das deutsche Volk nicht das nötige Nationalehrgefühl besitze, um dem Eindringen fremder Elemente entgegenzuarbeiten. Die Sozialdemokratie, die in anderen Ländern national sei, sei in Deutschland leider international und sie stelle sich auf seiten des Auslandes. Sie sei ein willenloses Werkzeug des Judentums, ein Sturmblock zur Zerrüttung des deutschen Volkes. Der Großindustrie sei das Volk nichts, das Kapital aber alles. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen beleuchtete der Vortragende die Nachteile einer starken Rassenmischung. Der Parteitag erledigte dann die Neuwahl des Parteivorstandes. Als erster Vorsitzender wurde Reichstagsabgeordneter Zimmermann wiedergewählt, desgleichen zu weiteren Vorstandsmitgliedern die Abgeordneten Bruhn und Werner, sowie Malermeister Bindewald-Berlin. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Herrn Lotze-Dresden trat Rieprich-Berlin. Die innere und äußere Politik beleuchtete dann Reichstagsabgeordneter Zimmermann. Er forderte rege Beteiligung am politischen Leben und bemängelte, daß die Mittelstandsvereinigungen das Schlagwort von der unpolitischen Tätigkeit führen. Dies sei eine Täuschung der man sich hingebe, denn ohne Politik sei es nicht möglich, etwas zu erreichen. — Ueber die Aufgaben der Reformpartei in Hessen sprach Rechtsanwalt Harmony-Kassel. — Am Montag wurde zunächst das Parteiprogramm erörtert. Die allgemeinen Leitsätze wurden unverändert gelassen. Der Schlußparagraph 19, der die Stellung des Antisemitismus radikal präzisiert, wurde folgendermaßen formuliert: „Aufhebung der Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden; Fernhaltung der Juden von allen Berufen, in denen ihre Betätigung wegen ihrer Eigenart für unsere Kulturentwickelung schädlich ist, insbesondere Ausschluß von den gesetzgebenden Körperschaften, vom Richterstande, vom Offiziersstande und vom Berufe eines Lehrers an öffentlichen Schulen, die von Kindern germanischen Stammes besucht werden, Fernhaltung jüdischer Kinder aus den öffentlichen Schulen für Kinder germanischen Stammes, Zulassung der Juden zu den Berufen des Rechtsanwaltes oder Notars, des Arztes nur nach der Kopfzahl ihrer in Deutschland ansässigen Rassegenossen, Verhinderung der Aenderung jüdischer Familiennamen, Führung einer Statistik über die in Deutschland lebenden Personen jüdischen Stammes, Erlaß eines Schächtverbotes, wissenschaftliche Prüfung der jüdischen Religionsvorschriften." Darauf wurden die Verhandlungen geschlossen.

— Bei der **Reichstagsersatzwahl** für den 18. hannöverschen Wahlkreis Stade-Blumental am 23. d. M. wurden gezählt für Klävemann (Bund der Landwirte) 2476, für Meding (Welfe) 1157, für Ebert (Sozialdemokrat) 5115, für Reese (nat.-lib.) 5114 und für Otto (freis. Volkspartei) 2567 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Reese und Ebert gilt als sicher.

— Von der **Berliner Firma August Scherl, G. m. b. H.**, geht uns folgende Zuschrift zu: „In Nummer 231 des diesjährigen Jahrganges Ihrer Zeitung vom 10. d. Mts. bringen Sie eine aus dem Elsässer Journal entnommene Notiz, inhaltsderen die Jesuiten angeblich Kapitalien bei den in unserem Verlage erscheinenden Zeitungen („Berliner Lokal-Anzeiger", „Woche", „Gartenlaube", „Tag", „Feldpost" usw.) angelegt haben. Diese Nachricht ist in ihrem vollen Umfange absolut unbegründet und hinfällig. Wir ersuchen Sie, gefl. hiervon Notiz zu nehmen und eine entsprechende Mitteilung in Ihre Zeitung aufzunehmen." — Herr August Scherl hat offenbar unsere an die Notiz des Elsässer Journals geknüpfte redaktionelle Bemerkung nicht verstanden. Da die Behauptung des Blattes so horrend ist, daß jeder einsichtige Leser sofort den Unsinn herauslesen mußte, taten wir sie mit jener beißenden Satire ab, welche die Germania beim erst.n Auftreten des Gerüchtes witzig daran knüpfte; wir schrieben: „Wie damals (bald nach dem Ableben Miquels) die „Germania" aus erster Quelle erfuhr, hat der verstorbene Jesuitengeneral Pater Martin die Kontobücher des Ordens an das Finanzministerium nach Berlin geschickt, wo eine sorgfältige Durchsicht ergab, daß das Gesamtvermögen der Jesuiten etwas über 16 Milliarden Mark beträgt und jeder Jesuit tatsächlich vielfacher Millionär ist. Die Jesuiten besitzen also eine sehr bedeutende Steuerkraft, die das Deutsche Reich durch schleunige Aufhebung des ganzen Jesuitengesetzes ausnutzen sollte." — Wer vermag denn die Tatsache zu glauben, daß der Jesuitengeneral, ein Franzose, einen Vermögensnachweis des gesamten Ordens (nicht bloß Deutschlands) an den preußischen Finanzminister schicken wird? Auf den ersten Blick ergibt sich, daß mit dieser Annahme die Verbreiter der plumpen Erfindung dem Spott preisgegeben werden sollen. In noch erhöhterem Maße gilt das von der Bemerkung, daß das Finanzministerium nach „sorgfältiger Durchsicht" ein Vermögen des Ordens von 16 Milliarden feststellte, die Regierung daher durch schleunige Aufhebung des Jesuitengesetzes diese bedeutende Steuerkraft ausnützen sollte! Der feine Spott, der in dieser Abfertigung liegt, scheint von der Firma August Scherl nicht verstanden worden zu sein.

— Eine Bezirksversammlung der Arbeitervereine von Köln und Mülheim a. Ruhr in Sachen der **Fleischnot** beschloß die Absendung einer Petition an den Reichstag, in welcher von der Regierung schleunigste Anwendung aller Mittel gefordert wird, die geeignet sind, eine Linderung der Fleischnot herbeizuführen. Nach Ansicht der Versammlung wäre das wirksamste Mittel eine weitere Oeffnung der Grenzen für Schlachtvieh unter Beobachtung der veterinären Vorschriften zum Schutze der heimischen Viehzucht. Eine zeitweilige Herabsetzung des Zolles auf Vieh und Fleisch sei gleichfalls in ernste Erwägung zu ziehen.

— **Eine großartige Leistung** gestattet sich anläßlich der Köpenicker Räuberhauptmannsgeschichte der Berliner „Reichsbote". Gegenüber den Angriffen, die bei dieser Gelegenheit gegen den Militarismus gerichtet werden, schreibt er: „Welche Institution ist denn überhaupt sicher vor solchem raffinierten Mißbrauch? Die „Germania" sollte daran denken, daß auch das Priestertum und auch das Papsttum — man denke an die Legende von der Päpstin Johanna — nicht davor sicher war." Der „Reichsbote" weiß also heute noch nicht, daß die „Legende von der Päpstin Johanna" nichts anderes als eine Erfindung war. Denn sonst würde er diese Legende nicht zum Beweis heranziehen, daß auch das Papsttum vor Betrügern nicht sicher war. Die „Köln. Volksztg." bemerkt hierzu, morgen werde der „Reichsbote" wohl herausbekommen, daß der geniale Räuber ein — Jesuit gewesen ist.

Oesterreich-Ungarn.

— Nach Meldungen der Wiener Blätter ist der demnächst zurücktretende Chef des Generalstabes **Graf von Beck** zum Gardekapitän der Kaiserlichen Arcierenleibgarde ernannt worden. Die Frage betreffend die Nachfolge des Grafen von Beck als Generalstabschef sei noch nicht entschieden.

Schweiz.

— Das eidgenössische **Budget** für 1907 schließt bei 132 125 000 Frank Einnahmen und 134 620 000 Frank Ausgaben mit einem mutmaßlichen Ausgabenüberschuß von 2 495 000 Frank ab.

Rom.

— **Der hl. Vater** ist von einem wenn auch sehr leichten Gichtanfall betroffen worden. Dr. Lapponi äußerte auf Befragen, bei dem Papste liege ein sehr leichter Gichtanfall im rechten Knie vor. Daß der Papst das Zimmer hüte und keine Audienzen erteilte, sei eine einfache Vorsichtsmaßregel.

England.

— Bei stark besetztem Hause fand am 23. d. M. die Eröffnung der Herbstsaison des **Unterhauses** statt. Das Haus nahm die Beratung des Handels- und Schiffahrtsgesetzes wieder auf. Während der Sitzung des Unterhauses verschafften sich etwa 30 bekannte Agitatorinnen für die Erweiterung des Frauenstimmrechtes Zutritt zu der Zentralhalle neben dem Foyer des Hauses und veranstalteten dort eine Kundgebung. Einige riefen: Gerechtigkeit für die Frauen! Stimmrecht für die Frauen! während andere Flaggen schwenkten. Die Polizei schritt alsbald ein, die Frauen weigerten sich aber, die Halle zu verlassen, und mußten mit Gewalt aus dem Bereich des Hauses entfernt werden.

Rußland.

— **General Stössel** ist ohne Uniform und Pension verabschiedet worden. Sollte der Prozeß wegen der Kapitulation von Port Arthur ihn rehabilitieren, so werden Uniform und Pension ihm wieder zugestanden werden. — In **Warschau** verurteilte das Feldgericht 14 Mitglieder der Kampforganisation zum Tode durch den Strang. Die übrigen werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. — In **Irkutsk** fand in der vergangenen Nacht eine Massenflucht der Arrestanten aus dem Gefängnisse statt. 17 Arrestanten gelang es, zu entkommen. Ein Teil wurde später wieder festgenommen; neun andere Arrestanten wurden beim Versuche, die Flucht zu verhindern, getötet, ebenso ein Gefängnisaufseher. Zwei Wärter wurden verwundet.

— Laut Bericht des Kaiserlich russischen Ackerbauministeriums gestaltete sich die diesjährige **Ernte im europäischen Rußland** im allgemeinen unter mittel. Im einzelnen war sie schlecht und teilweise auch sehr schlecht in den Gouvernements, die am mittleren und am Unterlauf der Wolga gelegen sind, sowie in den Gouvernements Ufa, Orenburg und im Gebiet des Donschen Heeres. Gute Ernte läßt sich im südwestlichen Teile des europäischen Rußland und im Weichselgebiet konstatieren.

Marokko.

— Die Leute vom **Beniaroosstamme** verbieten das Betreten und Verlassen der Stadt Arzila. Mehrere Juden, unter ihnen der Rabbiner und ein spanischer Schutzbefohlener, wurden mißhandelt. Auch wurden mehrere Kaufleute geplündert. Die spanische Gesandtschaft erhob energische Vorstellungen.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 24. Oktober 1906.

Kalenderkalender für den 25. Oktober. 1902. Feier in Münster i. W. zur Erhebung der Akademie zur Universität. — 1991. † Josef Virag, Erfinder der Schnelltelegraphie. — 1870. Erstürmung Metzens. — 1825. * Joh. Strauß zu Wien, Komponist (Operette „Fledermaus" u. a.). — 1806. Spandau ergibt sich den Franzosen. — 287. Der heilige Crispin zu Soissons verbrannt.

* Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 25. Oktober: Wind und Bewölkung: mäßige nördliche Winde, vielfach neblig. Niederschlag und Temperatur keine erheblichen Niederschläge, etwas kühler.

—* Se. Majestät der König begrüßte heute früh die zur Hauptprüfung von Schweißhunden hier versammelten Mitglieder des Vereins „Hirschmann" vor der heutigen Prüfungssuche in der Dresdner Heide, wobei die Mitglieder Sr. Majestät durch den ersten Vorsitzenden des Vereins, Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Heinrich der Niederlande vorgestellt wurden. Hierauf kam Se. Majestät ins Residenzschloß, nahm militärische Meldungen entgegen und hörte dann die Vorträge der Herren Staatsminister, der Hofdepartementschefs und des Königl. Kabinettssekretärs. Nachmittags begab sich Se. Majestät wieder nach Schloß Pillnitz zurück.

—* Für den Empfang des neuvermählten Prinzenpaares Johann Georg werden hier bereits jetzt Vorbereitungen getroffen. Die städtischen Kollegien habe die Summe von 3000 Mark bewilligt, die in der Hauptsache zur einheitlichen Schmückung des Altmarktes verwendet werden soll. Vor dem Rathause dürfte auch eine Begrüßung des neuvermählten Paares durch die Stadtvertretung erfolgen. Auch seitens der Bürgerschaft werden Kundgebungen vorbereitet. Das Prinzenpaar bezieht das vollständig erneute Palais in der Zinzendorfstraße.

—* Die achte ordentliche sächsische Landessynode behandelte in der Sitzung am Dienstag den Antrag des Petitionsausschusses zu den Petitionen des Pfarrervereins und des Vorstandes des Sächsischen Lehrervereins, die Ortsschulaufsicht, die kirchliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, die Einführung einer Schulbibel und die Neuauswahl des religiösen Memorierstoffes für die evangelisch-lutherischen Volksschulen betreffend. Das Referat erstattete Geheimer Kirchenrat Professor D. Rietschel-Leipzig. Es wurden mit großer Mehrheit folgende Beschlüsse gefaßt: Die Synode wolle erklären a. das Streben des Lehrerstandes nach ausschließlich fachmännischer Aufsicht ist begreiflich und berechtigt, b. Sache des Staates ist es, darüber zu befinden, ob und wann an die Stelle der Ortsschulaufsicht durch den Geistlichen, wie sie in Sachsen zum Segen für unser Volk und ohne Nachteil für die Schulen, die keinen Direktor haben, noch besteht, ausschließlich die fachmännische Aufsicht treten soll. c. Zu den Dienern der Kirche hat sie das Vertrauen, daß sie das Amt der Schulaufsicht, so lange es ihnen übertragen ist, auch fernerhin mit aller Pflichttreue verwalten werden, um so mehr, als der Schwerpunkt ihrer Aufgabe nicht auf dem Gebiete der Methode des Unterrichts liegt und sie bei der Ausübung ihres Amtes auch künftighin den Schutz der Regierung gegen ungerechtfertigte Angriffe erwarten dürfen. d. die Aufsicht über die religiöse Unterweisung ihrer heranwachsenden Glieder ist der Kirche Recht und Pflicht. e. An Stelle der ganzen Bibel das vollständige Neue Testament mit den Psalmen und für das Alte Testament ein biblisches Lesebuch im Schulgebrauch einzuführen, soll den einzelnen Gemeinden mit Genehmigung der Staatsregierung und des Kirchenregiments überlassen werden. f. Gegen eine erneute Durchsicht des religiösen Memorierstoffes sind grundsätzliche kirchliche Bedenken nicht vorhanden, wenn eine solche von den zuständigen Stellen vorgenommen werden sollte. Der Petitionsausschuß der Landessynode hat zu den Petitionen wegen Verlegung des Epiphaniasfestes beschlossen, die Synode zu ersuchen, das Kirchenregiment zum Erlaß einer Verordnung zu ermächtigen, durch welche die Feier des Epiphaniasfestes auf den nächstfolgenden Sonntag verlegt wird, der als erster Epiphaniassonntag zu bezeichnen ist, das Kirchenregiment aber auch zu ersuchen, jeder Kirchengemeinde, deren Kirchenvorstand es beschließt, die kirchliche Feier des 6. Januar ganz in bisheriger Weise zu gestatten und mit der Staatsregierung darüber ins Vernehmen zu treten, ob in einzelnen Orten oder Bezirke mit Zustimmung der politischen Gemeindevertretung dem 6. Januar auch ferner den Festtagsschutz zu teil werden könne; soweit sich einige Petitionen auf Abschaffung des Bußtags in der Passionszeit beziehen, diese auf sich beruhen zu lassen.

—* Herr Dr. med. Hugo Jokionek hat die erfolgreiche Tätigkeit seiner ärztlichen Praxis von Mildenau nach Radebeul verlegt.

—* Bei der Reichstagsersatzwahl im 10. sächsischen Wahlkreis Döbeln erhielten Professor Hasse (natlib.) 8372, Lehrer Beck (Freis. Volksp.) 3642 und Photograph Pinkau (Sozd.) 12716 Stimmen. Pinkau ist somit gewählt. Im Jahre 1903 wurde vom Wahlkreis Fabrikant Grünberg (Sozialdem.) mit 13162 Stimmen ge-